

## **Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2025**

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Bläse, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

seither wurde der Haushalt oft als das „Steuerrad“ des Kreistags betrachtet: Mit den eingestellten Zahlen und formulierten Zielen haben wir die Richtung vorgegeben, um den Kurs für eine nachhaltige Entwicklung und eine gemeinsame Zukunft zu bestimmen. Doch im Jahr 2025 gleicht unser Steuerrad eher einem wackeligen Lenkrad: Es droht, uns aus der Spur zu bringen, und wenn das Regierungspräsidium tatsächlich durchgreift, könnte der Wagen komplett zum Stillstand kommen. An Haushaltsberatungen unter diesen Voraussetzungen können wir uns nicht erinnern.

Landkreise, Städte und Kommunen sind strukturell unterfinanziert. Das ist nichts Neues, aber in dieser deutlichen Form trat es im Kreishaushalt verstärkt zu Tage, nachdem die Sozialkosten weiterhin gestiegen sind, unsere defizitären Kliniken mit -67 Mio.€, ebenso strukturell unterfinanziert, extrem unseren Haushalt belasten und weitere Bereiche, wie z.B. der ÖPNV auf der Einnahmen-, wie der Ausgabenseite Unsicherheiten und Risiken auslösen. Außerdem erdrückt eine deutlich verschlechternde Liquidität mit bis zu - 223 Mio.€ sowie die Erhöhung der Verschuldung auf ca. 180 Mio.€, was zu einer Gesamtverschuldung von rund 400 Mio.€ führt, den Haushaltsplans 2025 und die Mittelfristigen Finanzplanung. Hinzu kommt der Haushaltserlass des Landes Baden-Württemberg, der zu einer weiteren Verschlechterung seit der Einbringung von -217.255 € führt.

Überschriften wie “Kommunen sehen die Grenzen ihrer Möglichkeiten erreicht“, „Kreishaushalte im freien Fall“, lassen ahnen, dass wir uns in einer Zeit des Wandels und von großen Transformationsprozessen bei gleichzeitig knappen finanziellen Ressourcen und steigender Bürokratie befinden. Städte, Kommunen und Kreise, alle müssen eisern sparen, für alle gilt: „Entweder es kommt mehr rein oder wir geben weniger aus“, wie es Herr Landrat Bläse formulierte.

## **Aktuelle Situation und Höhe der Kreisumlage**

Nachdem die Rechtsaufsichtsbehörde des Regierungspräsidiums Stuttgart signalisiert hat, dass der am 5. November eingebrachte Haushalt so nicht genehmigungsfähig sein wird, vor allem im Hinblick auf den Ergebnishaushalt und die Mittelfristigen Finanzplanung, wurden nach Absprache mit Stuttgart Einsparpotentiale in der Verwaltung erarbeitet, unter denen eine Genehmigung des Kreishaushaltes in Aussicht gestellt wird. Diese haben die Kreistagsmitglieder am letzten Freitagmittag zur Kenntnis bekommen. Die Beratung des Haushaltes ist das Recht und die Pflicht des Kreistages. Wir haben jedoch das Gefühl, dass uns in den letzten Tagen und Wochen das Heft des Handelns aus der Hand genommen wurde. Es ist dringend erforderlich, die Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen, insbesondere angesichts der veränderten Rahmenbedingungen, die gründliche und sorgfältige Beratungen erfordern. Gerade in diesen Zeiten müssen Demokratie und Transparenz im Mittelpunkt stehen. Als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerschaft sind wir gefordert, unsere Entscheidungen nachvollziehbar zu gestalten und verständlich zu kommunizieren. Der vorgelegte Zeitplan bietet dafür jedoch kaum die nötigen Voraussetzungen. Die kurzen Ausschussberatungen werden weder der Komplexität noch der Tragweite der aktuellen Einsparvorschläge gerecht.

Wir beantragen daher, die Beschlussfassung zum Haushalt um eine weitere Beratungsrunde zu verschieben. Nur so können wir den erforderlichen Raum schaffen, um fundierte Diskussionen zu führen, tragfähige Kompromisse zu erarbeiten und zukunftsorientierte Entscheidungen zu treffen. Dies gibt uns die Chance, unsere Verantwortung als gestaltende Kraft wahrzunehmen, anstatt lediglich auf Entwicklungen reagieren zu müssen.

Uns fällt auf, dass besonders auch der soziale Bereich betroffen ist. Das Landratsamt unterhält ca. 45 Geschäftsbereiche, vom Baurecht bis zur Zentralen Vergabestelle, wobei einzelne Geschäftsbereiche wiederum noch in weitere Teilgebiete unterteilt sind. Und da hätten wir uns schon eine „breitere Palette“ an Einsparpotentialen bei den verschiedenen Geschäftsbereichen gewünscht. Sicher sind auch Einsparungen bei den anderen Geschäftsbereichen möglich und auch die Anzahl der Teilbereiche kann reduziert wer-

den. Wir erwarten von der Verwaltung, dass wirklich alle Geschäftsbereiche aufgefordert werden nach Einsparpotenzialen/Synergieeffekten zu suchen. Durch eine verbesserte Digitalisierung lässt sich ebenfalls zwischen den Geschäftsbereichen eine Effizienzsteigerung erzielen, diese Potenziale gilt es zu heben.

Gemeinsam haben wir bereits 2024 in 4 Themenfeldern in einer Haushaltsstrukturkommission Einsparvorschläge erarbeitet und umgesetzt und durch die aktuellen Beschlüsse im Klinikbereich wurden die Weichen gestellt, um das Defizit in den nächsten Jahren zu reduzieren. Wichtig war, dass der Bundesrat den Weg freigemacht hat für die Klinikreform, denn die jetzt beschlossene Krankenhausreform hat das Potenzial grundlegende Probleme unseres Gesundheitssystems zu verbessern.

Unser Haushalt ist nicht nur eine Ansammlung von Zahlen, sondern ein Ausdruck unserer Werte und Ziele als politische Gemeinschaft. In den vergangenen Jahren haben wir viel erreicht und den Ostalbkreis auf vielfältige Weise gestärkt. Doch jetzt hat sich der Wind gedreht. Aber trotz des rauen Windes dürfen wir nicht stillstehen. Ja, wir müssen konsequent einsparen, priorisieren, weiterhin den Landkreis stärken, seine Potenziale schöpfen und auf die Zukunft vorbereiten. Im Fokus steht hier besonders unsere Wirtschaftskraft genauso wie unsere Arbeitskräfte, unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen und unsere Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen.

Die SPD-Fraktion ist der Ansicht, wir dürfen nicht daran sparen, was unseren Kreis „hervorhebt“, also die Kombination aus Engagement, einzigartigen Ressourcen und einer zukunftsorientierten Entwicklung. Stattdessen sollten wir verstärkt Einsparungen bei den fortlaufenden „Daueraufgaben“ sowie den langjährig praktizierten freiwilligen Zusatzaufgaben prüfen – insbesondere bei jenen, die wir im Auftrag des Landes erfüllen und die uns zunehmend auferlegt werden. Auch in den vorliegenden Listen der Mitgliedsbeiträge an Vereine und Verbände sowie der Zuschüsse für laufende Zwecke lassen sich mit Sicherheit Potenziale für Einsparungen identifizieren.

Für 2025 schlägt die Verwaltung eine Hebesatzerhöhung bei der Kreisumlage von 5,15 Punkten vor auf dann 37,9 v.H. Wir kennen die äußerst prekäre Lage des Kreises, vor

allem jetzt nachdem das Regierungspräsidium wahrscheinlich den Haushalt nicht genehmigen wird, doch die Gemeinden und Städte befinden sich ebenso in einer äußerst kritischen finanziellen Situation und viele Aspekte, die bereits erwähnt wurden, schlagen auch bei ihnen zu Buche. Da bei den allermeisten Kommunen und Städten ebenfalls die „fetten Jahre“ vorbei sind, die Novemberschätzung verheerend ausgefallen ist und nicht wenige Städte und Kommunen fürchten müssen, ihre Haushalte nicht genehmigt zu bekommen, sollten wir nochmals in den anstehenden Beratungen über die Höhe der Kreisumlage diskutieren.

### **Soziale Inhalte**

Für die SPD-Fraktion sind soziale Themen die Grundlage für das Wohlergehen und die Stabilität unserer Gemeinschaft. Sie helfen nicht nur akute Probleme zu lösen, sie sind eine wirtschaftlich und gesellschaftlich nachhaltige Strategie und wirken langfristig präventiv.

Die Kürzungen im Bereich der Schuldner- und Insolvenzberatung sehen wir mit großer Sorge. In Zeiten geringen Wirtschaftswachstums ist es der falsche Weg die Schuldner- und Insolvenzberatung zurückzubauen. Auch wenn vielleicht „nur“ ein Drittel der Stellen gekürzt werden sollen, wird damit die Handlungsfähigkeit in diesem Bereich schwer in Frage gestellt. Hier wird wichtige und hilfreiche Arbeit geleistet und gute Präventionsprojekte werden durchgeführt, die später Armut, Ausgrenzung und gesundheitliche Probleme vermeiden. Prävention ist kosteneffizient und nachhaltig.

Auch bei einer Neustrukturierung der Frauen- und Kinderschutzeinrichtungen im Ostalbkreis darf es nicht zu einer Verschlechterung des Schutzes, der Betreuung und der Unterstützung der Betroffenen kommen, dies besonders vor dem Hintergrund einer steigenden häuslichen Gewalt. In den letzten Tagen gingen Berichte durch die Presse, nach denen auf eine Frau in einer solchen Einrichtung fast zweieinhalb Frauen kommen, für die es keinen Platz gibt. Das zeigt bedauerlicherweise, wie lebensnotwendig oft ein solcher Platz für eine misshandelte Frau sein kann.

Wenn bei der Eingliederungshilfe vorgesehen ist, mit den Partnern keine Lohn- und

Sachkostensteigerungen zu vereinbaren, so ist das natürlich für den Landkreis gut, setzt jedoch die Träger der Eingliederungshilfe enorm unter Druck.

Im Bereich der Jugendhilfe wird nur von einer Einsparsumme gesprochen, und die Hilfe zur Erziehung genannt, aber das ist viel zu ungenau und muss unbedingt konkretisiert werden. Wenn dies jedoch erst in den Ausschüssen geschieht, sehen wir uns außerstande, sofort eine Entscheidung zu treffen.

Und insgesamt wird die SPD-Fraktion nicht zulassen, dass vorrangig der soziale Bereich als Einsparquelle erhalten muss.

Wir dürfen nicht den Menschen weniger Aufmerksamkeit schenken, die schon jetzt unsere Aufmerksamkeit, unsere Zuwendung und unserer Unterstützung benötigen. Es sind zum großen Teil Pflichtaufgaben, die ganz vielen Menschen helfen, Menschen die sich nicht alleine helfen können.

Dazu wird auch wichtig sein, dass wir den Teilhabebericht für Menschen mit psychischen Behinderungen fortschreiben, den nötigen Beschluss hat der Sozialausschuss am 17.6. 2024. gefasst. Nun hoffen wir im nächsten Jahr auf die Umsetzung.

In seiner Haushaltsrede hat Landrat Dr. Bläse die Herausforderungen des demographischen Wandels beschrieben. Davon sprechen wir ja schon seit Jahren, aber lange Zeit war das Jahr 2035 und folgende, wenn die Babyboomer 80 und älter werden und alles um das Thema Pflege noch einmal einen anderen Stellenwert erhalten wird, noch weit entfernt. Doch jetzt rücken diese Jahre näher und es zeichnet sich ab, dass wir schon in den kommenden Jahren eine zunehmende Belastung des Pflegesystems erleben könnten. Daher braucht es kurzfristig mehr Plätze in der Tagespflege und Dauerpflege. Langfristig aber müssen dringend neue Konzepte und kreative Ansätze, die über die klassische Pflege hinausgehen, entwickelt werden.

Eine soziale Aufgabe unserer Politik ist zum Beispiel auch dafür zu sorgen, dass jede und jeder eine bezahlbare Wohnung findet.

Der Anstieg der Mieten und Immobilienpreise geht ununterbrochen weiter und macht heute vor keiner Region halt. Der Markt allein ist nicht in der Lage, bezahlbaren und klimaschonenden Wohnraum für alle Menschen zu schaffen.

Bereits mehrmals hat die SPD-Fraktion eine gemeinsame Wohnbaugesellschaft im Ostalbkreis gefordert, was leider immer abgelehnt wurde. Trotzdem lassen wir uns nicht entmutigen und regen dies im Jahr 2025 wieder an.

### **Kliniken und Gesundheitssystem**

Die Kliniken im Ostalbkreis stehen vor erheblichen finanziellen und strukturellen Herausforderungen. Da das Klinikdefizit in exorbitante Höhen geschneilt ist, aktuell 67 Mio. €, haben wir begonnen, leider jedoch viel zu spät, dem finanziellen Desaster entgegensteuern. Der Kreistag beschloss ein umfassendes Zukunftskonzept, das letztendlich Einsparungen durch einen Regionalversorger sowie Übergangsmaßnahmen mit effektiven Umstrukturierungen zum Abbau von Zwei- und Dreifachvorhaltungen vorsieht. Dies soll die langfristige öffentliche Trägerschaft der Kliniken sichern, gleichzeitig jedoch die Kosten um mindestens 20 Millionen Euro senken, wobei wir in keinem Fall bei diesen 20 Mio. weniger stehen bleiben dürfen.

Die Umsetzung dieser Übergangsmaßnahmen, wie auch Bau des Regionalversorgers müssen schnellstens vorangetrieben bzw. umgesetzt werden, denn wir alle wissen, dass es finanziell betrachtet bereits „fünf nach zwölf“ ist und die finanziellen Auswirkungen des Klinikdefizits sowohl für den Kreishaushalt, als auch für die kommunalen Haushalte desaströs sind. Sollten sich im weiteren Planungsverlauf zusätzliche Einsparmöglichkeiten als sinnvoll erweisen, müssen wir diese umgehend diskutieren.

Unser oberstes Ziel bleibt der Erhalt der kommunalen Trägerschaft für unsere drei Kliniken im Ostalbkreis – an verschiedenen Standorten und mit unterschiedlichen Ausprägungen. Dies erfordert erhebliche Eingriffe in die bestehenden Strukturen. Im Spannungsfeld von Unterfinanzierung, Verschuldung und der jetzigen Krankenhausreform muss das betriebswirtschaftliche Überleben gesichert werden.

Wir wissen, dass wir den Beschäftigten der Kliniken und auch den Bürgerinnen und Bürgern des Ostalbkreises viel zumuten. Doch wenn wir unsere wohnortnahe qualitativ hochwertige medizinische Versorgung vor Ort erhalten wollen und darüber hinaus auch die Leistungsfähigkeit der Kommunen für die Daseinsvorsorge, dann haben wir keine andere Wahl.

Gesundheit ist unser höchstes Gut und wir alle benötigen eine bestmögliche Gesundheitsversorgung, ambulant und stationär. Dies müssen wir flächendeckend für all unsere Bürgerinnen und Bürger sicherstellen.

Die Idee, dass ansässige Partner aus der Medizin-, Gesundheits- und Pflegebranche stärker und verzahnter zusammenzuarbeiten, mit dem Ziel, die Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung weiter zu verbessern, ist daher richtig und notwendig.

Die SPD-Fraktion sieht die Zukunft auch in vermehrten Gesundheitsnetzen (Schwäbischer Wald). Beim Gesundheitsnetz Schwäbischer Wald handelt es sich um einen dezentralen Zusammenschluss von Gesundheitsakteuren und -institutionen, der den Zweck hat, die wohnortnahe Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger in der Region zu verbessern.

### **Gute Bildung**

Gute Bildung im Ostalbkreis ist ein wesentlicher Faktor, um unsere Region wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell nachhaltig zu entwickeln und zukunftsfähig zu machen. Und hier hat auch das Bildungsbüro des Kreises einen wichtigen Teil dazu beigetragen. 2017 wurde von der damaligen CDU-Landesregierung entschieden, dass das Schulamt von Gmünd nach Göppingen kommt. Damit war Ostwürttemberg die einzige Region, die kein Schulamt mehr hatte. Und da gerade in den Bereichen Schule und Bildung extrem viel für die Zukunft einer Region und den Schülerinnen und Schülern entschieden wird, wurde das Bildungsbüro ins Leben gerufen, welches hervorragende Arbeit leistet. Dieses jetzt auf ein Minimum zu begrenzen sollte nochmals überlegt werden. Vielleicht könnte auch eine Zusammenarbeit mit dem Kreismedienzentrum geprüft werden.

Unsere beruflichen Schulen, Hochschulen und unsere Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren haben eine ausgezeichnete Qualität. Unsere Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen sind modern und gut ausgestattet, dies stärkt die Attraktivität des Kreises als Wohn- und Arbeitsort und macht den Ostalbkreis ebenfalls für junge Menschen und Fachkräfte attraktiver.

Der Ostalbkreis ist ein Standort für Industrie und Handwerk, darunter auch viele mittelständische Unternehmen und Weltmarktführer im Maschinenbau und in der Metallverarbeitung. Der Kreis ist stark auf qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen, doch wie überall gibt es auch hier Fachkräftemangel. Gute Bildung und Ausbildung erhöhen die Chancen, dass qualifizierte Arbeitskräfte in der Region bleiben und den Bedarf der Unternehmen decken können.

In unserer jetzigen Finanzsituation müssen wir leider die Sanierung und manche Geldmittel bei den Schulen strecken, doch darf dies in keinem Fall zu einem Dauerzustand werden. Bildung ist der Schlüssel zur persönlichen und sozialen Entwicklung.

## **Personal**

Die Personalmehrkosten belaufen sich für das Jahr 2025 auf 3,3 Mio. Euro. Trotz einer Tariflohnsteigerung und vermehrter Bürokratie wird der Zuwachs der Personalausgaben auf netto 2,263 Mio. Euro beschränkt. In der Haushaltsstrukturkommission 2024 wurden Stellen im Freiwilligkeitsbereich untersucht und es wurden Stellen reduziert. In 2025 ist eine Reduzierung der Personalkosten um 1 Mio. € und in der Mittelfristigen Finanzplanung 2026 eine nochmalige Reduzierung der Personalkosten um 1 Mio. € geplant. Außerdem wurde eine pauschale Kürzung gegenüber dem Haushaltsjahr 2024 in Höhe von 1,0 Mio. € um 400.000 € auf 600.000 € in 2025 reduziert. Die 25 Stellen werden durch Fluktuation abgebaut. Wir erwarten, dass ein weiterer Stellenabbau, welcher über Zusammenlegungen, Entbürokratisierung, Digitalisierung, Synergieeffekte oder Fluktuationen sinnvoll durchgeführt werden kann, auch geschieht.

Danken möchten wir dem Personal des Landkreises für ihre gute Arbeit zum Wohle der Bevölkerung.

In diesem Zusammenhang möchten wir auch den Fokus auf die Beschäftigten im Landratsamt legen, die Tätigkeiten mit erhöhter Publikumsintensität leisten. Diese Arbeit erfordert nicht nur Fachwissen und Organisationstalent, sondern auch eine hohe Sozialkompetenz und Belastbarkeit, da sie häufig herausfordernde Situationen meistern müssen. Aufgrund der niedrigen tariflichen Einordnung in einigen Bereichen, wir denken



hier nur an E 5, halten wir eine dauerhafte monatliche Zulage, wie in anderen Landkreisen und Städten üblich, für dringend erforderlich, um diese wichtige und anspruchsvolle Tätigkeit angemessen zu würdigen.

### **Digitalisierung der Verwaltung**

Als SPD-Fraktion ist es unser Ziel, den Ostalbkreis zu einem digitalen Vorzeigelandkreis weiterzuentwickeln. Dabei unterstützen wir alle Bestrebungen der Kreisverwaltung, die digitalen Zugänge für Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Kompetenzen der Belegschaft zu verbessern. Gerade in Zeiten des demographischen Wandels und des damit verbundenen Personalmangels in der öffentlichen Verwaltung ist es von zentraler Bedeutung, Verwaltungsprozesse smarter und effizienter zu gestalten.

Wir möchten deshalb sicherstellen, das Sachgebiet Digitalisierung weiter zu stärken. Die Stelle des eGovernment-Beauftragten fungiert als entscheidende Schnittstelle für die Kommunen im Ostalbkreis und bietet insbesondere kleineren Gemeinden wertvolle Unterstützung. Gerade in kleineren Kommunen fehlen oft die finanziellen Mittel und personellen Ressourcen, um sich intensiv mit Prozessoptimierung und der Einführung digitaler Technologien zu beschäftigen. Entsprechend gilt es, diese Projektstelle zu verstetigen und mit entsprechenden finanziellen Mitteln auszustatten, um Pilot-Projekte in Kommunen zu fördern und zu begleiten und dadurch langfristig Kostenersparnisse zu generieren. Denn unser Anspruch ist klar: Wir wollen einen zukunftsfähigen Ostalbkreis, der allen Menschen digitale Teilhabe ermöglicht – unabhängig von Größe oder Budget der jeweiligen Kommune.

### **Wirtschaft, Klima- und Umweltschutz**

Wir haben den Anspruch, auch im Ostalbkreis als erfolgreicher Industrie- und Innovationsstandort mit sicheren und guten Arbeitsplätzen, wirksamen Klimaschutz voranzutreiben. Klimafreundliche Lösungen müssen immer die einfacheren sein – für unsere Wirtschaftsunternehmen genauso wie für den Alltag jedes Bürgers und jeder Bürgerin. Dazu gilt es, die erneuerbaren Energien massiv auszubauen.

Wir begrüßen es, dass Sie, Herr Landrat, in Ihrer ersten Haushaltrede einen Schwerpunkt auf den Ausbau der erneuerbaren Energie gelegt haben, denn wir wissen, die Zukunft unseres Produktionsstandortes hängt maßgeblich davon ab, ob es uns gelingt, günstige Energie vor Ort zur Verfügung zu stellen. Deswegen ist der Ausbau von Wind- und Sonnenenergie ein entscheidender Faktor für den Erhalt von Arbeitsplätzen auf der Ostalb. Wir wissen, es gibt Kommunen, die dafür Flächen zur Verfügung stellen wollen, aber derzeit vom Regionalverband sogar Widerstand gegen diese Ausbaupläne erfahren müssen. Herr Landrat, bitte setzen Sie sich für diese Projekte, diese Kommunen und damit für unsere örtliche Wirtschaft ein!

Wir sind in der Lage die heimische Industrie zu einem großen Teil mit heimischer Energie, vor allem Strom, zu versorgen. Diesen Vorteil müssen wir nutzen. Unverzichtbar ist es deshalb, die Planungsverfahren für den Bau von Netzen, Windrädern, Photovoltaik und Infrastruktur um ein Vielfaches schneller zu machen. Dafür müssen wir auch die regionalen und die lokalen Netze ausbauen. Das müssen Landkreis, IHKL und die Netzbetreiber vorausschauend koordinieren.

Die Digitalisierung, die Logistik, die wir alle als wesentlich für unsere Wirtschaft ansehen wird den Elektrizitätsbedarf bis 2050 verdoppeln. Wir müssen unser Potenzial im Bereich erneuerbare Energie nutzen und unsere Wirtschaft damit besser aufstellen.

Der Landkreis ist Mitglied in der KI-Allianz, das sind Chancen. Die Verarbeitung großer Datenmengen erfordern hohe immense Kapazitäten zur Datenverarbeitung und damit energieintensive Rechenzentren. Herr Landrat, wir fordern die Wirtschaftsförderung des Landkreises auf, solche Ansiedlungsmöglichkeiten zu verfolgen und damit einen neuen Dienstleistungszweig und unabdingbare Infrastruktur zu etablieren und dabei müssen wir immer ganzheitlich denken.

Machen wir uns neue Technologien nutzbar, wie den Ausbau einer Wasserstoffwirtschaft im Industriemaßstab und sorgen wir dafür, dass wir beim Aufbau einer klimaneutralen Industrie Innovationen aktiv fördern und technologisch neue Maßstäbe setzen. Vor allem Wasserstoff ist einer der Energieträger der industriellen Zukunft. Hier brauchen wir schnell einen Anschluss an die überregionale Wasserstoffinfrastruktur. Nachdem nun-

mehr die Bundesnetzagentur die SEL als Teil des Bundeskernnetzes für Wasserstoff bestätigt hat, gilt es, den Zeitplan für die Umsetzung und die Bestimmung der für den Einzelabschnitt verantwortlichen Netzbetreiber vorzunehmen. Weiterhin müssen wir konsequent am regionalen Verteilnetz weiterarbeiten, damit 2032 wirklich Wasserstoff für die wärmeintensiven Wirtschaftsbetriebe zur Verfügung steht.

## **ÖPNV und Mobilität**

Beim ÖPNV gehen wir von einer Kostensteigerung von 3,3 Mio. Euro aus. Wichtig ist für unsere Fraktion das Deutschlandticket zu einem angemessenen, aber vor allem bezahlbaren Preis beizubehalten. Eine Einsparung des ÖPNV-Angebots sollte genau geprüft werden und darf nicht zulasten des ländlichen Raums erfolgen. Mobilität darf nicht zum Luxusgut werden, besonders auch im Hinblick auf ältere Menschen, denen der ÖPNV-Zugang zu grundlegenden Einrichtungen, wie Ärzten, Supermärkten bietet und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglicht. Trotzdem müssen wir das bestehende ÖPNV-Angebot nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten überprüfen. Auch den Einsatz flexiblerer Lösungen wie Rufbusse und Shuttle-Dienste, welche das Netz außerhalb der Stoßzeiten stärken, wären wünschenswert.

Bei der Schülerbeförderung haben wir bereits durch die Optimierung der Buslinien Einsparungen in Höhe von rund 900.000 Euro erzielt. Die Verwaltung sieht hier noch weitere Einsparmöglichkeiten in Höhe von 500.000 €. Im Bereich von ÖPNV-Verkehrsverbindungen ist durch Streichung von Linien ein Einsparvolumen von 750.000 € vorgesehen sowie weitere 1,25 Mio. € Einsparungen beim ÖPNV durch verschiedene Maßnahmen zur Reduzierung. Sie alle gilt es abzuwägen und zu diskutieren.

Wir regen ferner an, dass im Rahmen von weiteren Einsparungen künftig ausschließlich die Fahrt zur nächstgelegenen Schulart unterstützt wird. Für diese Fahrten werden zum Teil eigens Buslinien eingerichtet, deren Betrieb mit erheblichen Kosten verbunden ist. Eine Förderung von weiter entfernten Schulorten belastete nicht nur die Kapazitäten dieser Linien, sondern auch die Kosten für den Kreis unverhältnismäßig. Deshalb sollte

die Unterstützung gezielt auf den nächstgelegenen Schulort, der dieser Schulart anbietet, beschränkt bleiben.

Darüber hinaus soll die digitale Nutzerfreundlichkeit ausgebaut werden. Mit der Ostalb-Mobil-App und der Möglichkeit zum kontaktlosen Bezahlen wurde bereits ein Schritt in diese Richtung gemacht. Weitere Verbesserungen wie Echtzeitinformationen und vereinfachte elektronische Tickets sollen noch mehr Menschen zur Nutzung des ÖPNV anregen.

Auch die Förderung des Fahrradverkehrs durch den Ausbau von sicheren Radwegenetzen und durch verknüpfte Mobilitätsangebote (Bike-and-Ride und P+R-Stationen) sowie die Einführung einer „Mobilitätsgarantie“ sind wichtig.

Die Mobilitätsgarantie ist ein vielversprechendes Konzept zur Förderung des ÖPNV, sie bringt aber auch Herausforderungen in der Finanzierung und der Umsetzung mit sich. Hier sollte Pro und Contra wirklich genau diskutiert werden.

Die Stärkung der Schiene bildet das Rückgrat im Rahmen unserer Mobilitätswende. Wo immer möglich sollte Schienenausbau vor Straßenausbau erfolgen. Es gilt mehr Güter von der Straße auf die Schiene zu bringen und vor allem den Ausbau der Rems-, Ries- und Oberen Jagstbahn sowie der Brenzbahn zu forcieren. Wir treiben die nachhaltige Mobilitätswende voran, mit dem Aufbau eines Leitmarkts für E-Mobilität und einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur. Das Herzstück moderner nachhaltiger Mobilität bilden ein starker öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und eine moderne und pünktliche Deutsche Bahn als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur wird es 2025 darum gehen, die Verkehrsinfrastruktur im Bereich der B 29 und weiterer wichtiger Straßen voranzubringen und umweltschonende und ortslagennahe Umfahrungen, wo sinnvoll und nötig, weiter zu planen.

**Respekt und Dank**

Unsere SPD-Fraktion steht für eine Gesellschaft des Respekts, eine Gesellschaft, in der wir uns gegenseitig anerkennen, eine Gesellschaft, in der niemand auf andere herabschaut, und in welchen Meinungsverschiedenheiten fair, zivilisiert und auf Basis unserer demokratischen Grundsätze ausgetragen werden. Hassreden zersetzen unsere Gesellschaft und sind der Nährboden für Rechtsextreme. Wir stehen für die Teilhabe an unserer Gesellschaft und für gleiche Lebenschancen unserer Bürgerinnen und Bürger, sind konsequent gegen jede Form von Diskriminierung, egal ob es um soziale Herkunft, Geschlecht, Biografie, Religion oder Behinderung geht. Wir stehen aber auch für Pflichten. Dazu gehört z. B., dass sich alle an Gesetze halten und den ihnen möglichen Beitrag zur Gesellschaft leisten.

Lassen Sie mich im Namen meiner Fraktion Danke sagen für die kompetente Arbeit und das gute und faire Miteinander, geprägt von gegenseitigem Vertrauen und Respekt. Namentlich möchten wir Ihnen danken, Herr Landrat Dr. Bläse. In diesen Dank schließen wir natürlich auch unseren Kämmerer Herrn Kurz mit seinem Team ein sowie die ganze „Verwaltungsbank“ und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung.

Ein herzlicher Dank gilt allen Mitgliedern des Kreistags für die offene und konstruktive Zusammenarbeit. Die bevorstehenden Debatten und Diskussionen im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen werden sicherlich eine anspruchsvolle Aufgabe. Lassen Sie uns dafür die notwendige Zeit nehmen, die wir brauchen, um fundierte und zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

